

BIG Grundsatzprogramm

Präambel

Der Name BIG ist auch gleichzeitig Programm bei uns. Frieden in unserer Gesellschaft und Gerechtigkeit in allen Bereichen des Lebens sind Themen, denen wir uns politisch widmen.

Die Partei BIG Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit sieht als Grundlage ihrer politischen Arbeit, dass sämtliches Handeln – auch politisches Handeln – der ethischen Verantwortung gerecht werden muss, die jeder Einzelne für alle Anderen und die Gesamtheit trägt.

Die Ethik der Partei ist geprägt von einem Menschenbild, das die Gleichheit und Gleichwertigkeit allen menschlichen Lebens, Mitmenschlichkeit, Rücksichtnahme, Fürsorge und Gottvertrauen miteinander kombiniert. Die Parteimitglieder sind davon überzeugt, dass Religion Sache des Einzelnen ist. Sie stehen vorbehaltlos hinter dem Grundsatz der Religionsfreiheit und -ausübungsfreiheit des Grundgesetzes.

Der Partei geht es um die realpolitische und praktikable Lösung der schwierigen Fragen, denen sich Deutschland stellen muss. Lösungsversuche der Systemparteien sind unzureichend.

Die Parteimitglieder sehen in vielen Bereichen des täglichen Lebens den Anspruch des Grundgesetzes nicht erfüllt, wonach es keine Diskriminierung von Minderheiten geben soll und wonach die unantastbare Würde des Einzelnen die Richtlinie allen Handelns sein muss.

Neben einer gerechten Politik für Kinder – Jugend – Familie – Frauen – Senioren werden auch Innovation und Gerechtigkeit in Bildung – Arbeit – Wirtschaft – Umwelt und Gesellschaft, sowie die Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben unsere zentralen Arbeitsschwerpunkte sein.

Indem wir bedarfsorientierte Lösungsvorschläge erarbeiten, möchten wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung als Bürgerinnen und Bürger Deutschlands gerecht werden.

Die Partei sieht eine politische Verantwortung, für eine Erneuerung der politischen Ansätze zu sorgen. (Innovation = Erneuerung)

Weiterhin sehen die Mitglieder der Partei ein dringendes Bedürfnis, aus der ethischen Verantwortung des Einzelnen erkannte Ungerechtigkeiten im politischen System, im Rechtssystem und in der Anwendung dieses Systems neuen gerechten Lösungen zuzuführen.

Das Grundsatzprogramm der BIG Partei gliedert sich in folgende Schwerpunkte:

1. Kinder, Bildung & Teilhabe
2. Jugend & Zukunft!
3. Familien, Frauen & Senioren
4. Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Finanzen
5. Soziales, Gesundheit, Ernährung & Landwirtschaft
6. Umwelt & Energie
7. Wissenschaft, Forschung & Innovation
8. Kultur & Medien
9. Vielfalt & Teilhabe
10. Inneres & Sicherheit
11. Europa & Migration
12. Außen- & Verteidigungspolitik

1. Kinder, Bildung & Teilhabe

Wir sind der Überzeugung, dass Grundlage für eine positive Entwicklung der Rahmenbedingungen in Deutschland eine veränderte Bildungspolitik sein muss. Durch eine Vielzahl von Studien wird immer wieder bestätigt: Die Basis für ein erfolgreiches Leben in Deutschland ist eine vernünftige Schulbildung und Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen. BIG fordert gleiche Chancen für ALLE Kinder. Viele sozial benachteiligte Kinder haben schlechte Ausgangspositionen und Entwicklungsmöglichkeiten. BIG fordert, dass sich die Zwei-Schichten-Gesellschaft nicht weiter verfestigt. Im Bildungs- und Erziehungsbereich muss komplett umgedacht werden.

Insbesondere für Kinder mit kultureller Vielfalt muss deren deutsch-sprachliche Förderung bereits möglichst im Vorschulalter und in verstärktem Maße während der Schulzeit erheblich intensiviert werden. Denn nur mit einer perfekt beherrschten gemeinsamen Sprache ist eine allumfassende faire Bildung für alle möglich.

Der für die Bildung vorgesehene Etat muss in allen Bereichen und Ebenen erheblich angehoben werden. Die hier jetzt gemachten Fehler führen zu nicht bezahlbaren Kosten in der Zukunft.

Es gilt hier der Grundsatz unserer Partei:

ALLE Menschen in Deutschland unabhängig von ihrem sozialen Stand oder ihrer Abstammung müssen die Möglichkeit haben, die bestmögliche Bildung, die Sie wünschen, erhalten zu dürfen.

Kinder sind unsere Zukunft!

Daher ist es wichtig frühzeitig in unsere Zukunft zu investieren. Das bedeutet für uns:

- **Ausbau der Betreuungsplätze:** U3-, Kindertagesstätten- und OGS (Offene Ganztagsgrundschulen) -Plätze müssen je nach Bedarf in den entsprechenden Bundesländern ausgebaut werden. Kein Kind soll benachteiligt werden. Wir wollen gleiche Rechte und Möglichkeiten für alle Kinder, ganz gleich aus welchem sozialen Umfeld sie stammen. Armut, Behinderung und Herkunft dürfen für kein Kind ein Hindernis für eine qualitative Betreuung darstellen. Dementsprechend muss auch die personelle Ausstattung vorangehen.
- **Rundumbetreuung in der Schule:** Jede Klasse bekommt einen Schulassistenten, der die Lehrkraft unterstützt. Jede Schule stellt Schulpsychologen, -Pädagogen, -Sozialarbeiter ein. Die Sozialarbeiter oder die Lehrkräfte besuchen jeden Schüler einmal im Jahr zu Hause, um sich ein Bild vom sozialen Umstand des Schülers zu machen.
- **Behinderung ist kein Hindernis:** Für Kinder mit einer Behinderung müssen integrative Plätze in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Hierzu bedarf es der Förderung aller Träger, insbesondere der Elterninitiativen. **Kein Kind in Deutschland darf hungern:** Die Beseitigung von Kinderarmut muss ein gemeinsames Anliegen der aller Bürger sein. Wir fordern ein kostenloses ausgewogenes Schulesen für alle Kinder, von der Kita bis zum Gymnasium. Zusätzlich bedarf es auch der Förderung karitativer Initiativen, die sich speziell um die Kinderarmut in Bereichen wie die Übernahme von Kinderbetreuungskosten, sowie Kosten für Mittagessen und den Schulbedarf kümmern. Dadurch soll Gerechtigkeit für alle Kinder ermöglicht werden.

- **Gesunde Kinder brauchen eine ausgewogene Ernährung:** Wir fordern eine finanzielle Entlastung einkommensschwacher Familien, präventive Gesundheitsuntersuchungen und Ernährungsberatung für ihre Kinder.
- **Kein Kind darf Gewalt erfahren:** Sei es in der Familie, in der Gesellschaft oder in Einrichtungen. Zur Gewalt gehört neben der körperlichen Gewalt auch die verbale Diskriminierung. Insbesondere müssen Kinder mit Behinderung, Lernschwäche oder anderer Herkunft sowie Scheidungskinder vor Diskriminierung geschützt werden. Hierzu fordern wir in bundesweit eine Anlaufstelle für Betroffene.
- **Eine gute Sprache ist Voraussetzung für eine gute Kommunikation:** Wir befürworten die frühkindliche Sprachförderung ab dem dritten Lebensjahr. Diese muss in Kindertagesstätten und Familienzentren ausgebaut und intensiviert werden. Insbesondere in sozialen Brennpunkten muss die personelle Ausstattung ausgebaut und entsprechende Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen angeboten werden.

2. Jugend & Zukunft!

Die Überschrift sagt eigentlich schon alles aus. Die Jugend ist nämlich unser ALLER Zukunft und verdient daher ein besonderes Augenmerk. Menschen in jugendlichem Alter suchen sich Helden und Werte, nach denen sie sich richten können. In dieser Zeit ist es besonders wichtig, eine gesunde und werteorientierte Entwicklung dieser jungen Menschen zu fördern. Hier ist auch die Politik gefragt.

Der Jugendschutz im Bereich des Alkohol- und Tabakkonsums muss weiter gestrafft werden. In Zeiten des „Komasaufens“ und den Risiken des Tabakkonsums ist eine entsprechende Aufklärung über die Gefahren und das Suchtpotenzial durch entsprechende Gesetzgebung mit Nachdruck zu leisten. Illegale Drogen müssen härter bekämpft, Ausstiegs- und Therapieprogramme gefördert sowie die Sozial- und Jugendarbeit auf der Straße mehr finanziell gefördert werden. Auch müssen mehr Jugendheime und Jugendtreffs, die von professionellen Pädagogen geleitet werden entstehen und den jungen Menschen einen sicheren Ort für förderliche Aktivitäten bieten.

Die BIG Partei vertritt klare Werte, die Familie und soziale Festigkeit in den Vordergrund stellen. Genau diese soziale Festigkeit setzt ein intaktes Familienleben und ein werteorientiertes Leben voraus. Diese Punkte gehört es bei den Jugendlichen zu fördern und zu vermitteln. Die Familie ist deren sicherer Hafen und die Politik muss im Umkehrschluss die Familien schützen und fördern. Denn Familienschutz ist klar auch Jugend- und Kinderschutz.

Für die Zukunft unserer Jugendlichen müssen genügend Studien- und Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

Es gilt hier der Grundsatz:

Die Jugend ist unsere Zukunft. Sie muss im positiven Sinne mit allen erforderlichen Mitteln gefördert werden und verdient ein besonderes Augenmerk in unserer Parteipolitik.

- **Freie Räume für freie Zeiten:** Jugendliche brauchen Freiräume zur Gestaltung ihrer Freizeit und ihrer Zukunft. Quartiersbezogen müssen einige Jugendzentren je nach Bedarf der Jugendlichen konzeptionell und personell ausgebaut werden. Insbesondere in den sozial benachteiligten Regionen, in denen viele Jugendliche mit kultureller Vielfalt

leben, ist es wichtig, qualifiziertes Personal mit interkultureller Kompetenz, oder noch besser mit kultureller Vielfalt, einzustellen. Qualifikationsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche, sowie Bewerbungstrainings müssen bundesweit in Jugendzentren zum Standardprogramm gehören.

- **Gewalt ist out, Frieden ist in:** Diskriminierungen, Ungleichbehandlungen sowie Chancenungerechtigkeiten und -ungleichheiten führen zunehmend zu sozialen Problemen bei Jugendlichen. Daher ist es wichtig, durch fachlich qualifizierte Gespräche mit ihnen den Ursachen auf den Grund zu gehen und Missstände möglichst zu beseitigen. Durch Gemeinschaftsprojekte mit der Polizei und geschulten Pädagogen müssen in Jugendzentren und Schulen Jugendliche präventiv über Gewalt, Drogen und Kriminalität aufgeklärt werden. Auch häusliche Gewalt muss ein Gehör finden. Jugendliche brauchen sichere Anlaufstellen, um dort adäquat betreut zu werden.
- **Jugendliche können mehr, wenn man sie fördert:** Hier müssen alle an einem Strang ziehen. Sowohl die Schulen, die Agentur für Arbeit, als auch die Wirtschaft und diverse lokale und regionale Bildungsträger müssen ein schlüssiges Gesamtkonzept erstellen. Jugendliche mit einem schlechten Schulabschluss oder ohne Schulabschluss bedürfen Auffanginstitutionen, die ihnen berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen anbieten. Hierzu gehört neben der Hilfestellung bei der beruflichen Orientierung auch die gemeinsame Konzeption individueller Berufsperspektiven, damit Jugendliche einen Anschluss an ein reguläres Ausbildungs- und Beschäftigungssystem finden können.
- **Den Jugendlichen Verantwortung übertragen:** Jugendliche können durch ehrenamtliches Engagement zur Verbesserung gesellschaftlicher Prozesse beitragen. Diese müssen mit entsprechenden Projekten gefördert werden. Beispiele sind: Umweltpflege, Essensausgabe für Obdachlose, Seniorenbetreuung z. B. beim Umgang mit moderner Kommunikationstechnik etc.

Bildung für eine sichere Zukunft!

Wir sind der Überzeugung, dass Grundlage für eine positive Entwicklung der Rahmenbedingungen in Deutschland eine veränderte Bildungspolitik sein muss. Durch eine Vielzahl von Studien wird immer wieder bestätigt: Die Basis für ein erfolgreiches Leben in Deutschland ist eine vernünftige Schulbildung und Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen. BIG fordert gleiche Chancen für alle Kinder. Viele sozial benachteiligte Kinder, insbesondere Migrantenkinder, haben schlechte Ausgangspositionen und Entwicklungsmöglichkeiten. BIG fordert, dass sich die Zwei-Schichten-Gesellschaft nicht weiter verfestigt. Im Bildungs- und Erziehungsbereich muss komplett umgedacht werden. Als völlig kontraproduktiv hat sich die Trennung der Schüler nach der vierten Klasse auf verschiedene Schulformen erwiesen. Das Abschieben von Problemkindern in Hauptschulen ist keine Lösung, sondern verlagert nur das Problem.

Die sprachliche Förderung aller Kinder bereits im Vorschulalter und in verstärktem Maße während der Schulzeit muss erheblich intensiviert werden. Die Ghettobildung für Schulkinder in Teilen großer Städte muss durch geeignete Maßnahmen aufgebrochen werden. Der für die Bildung vorgesehene Etat muss in allen Bereichen und Ebenen erheblich angehoben werden. Die hier jetzt gemachten Fehler führen zu nicht bezahlbaren Kosten in der Zukunft.

In der Hochschulpolitik begrüßt die BIG die in der Vergangenheit begonnenen Tendenzen, die Eigenverantwortung der Hochschulen zu fördern. Die Rahmenbedingungen für einen weiteren Wettbewerb unter den Hochschulen müssen besser gestaltet werden, die

finanziellen Nöte der Hochschulen müssen durch geeignete Maßnahmen aufgefangen werden. Deutschland ist eine Hochburg wissenschaftlichen Denkens und technischer Entwicklung. Wir sind der Überzeugung, dass durch eine Förderung und Stärkung der Hochschulen die Grundlage gelegt wird, um vernünftige und praktikable Lösungen für die Zukunft zu finden.

- **Bildungsdiskriminierung abschaffen:** Gerecht ist, wenn alle Kinder und Jugendliche gleiche Chancen in unserem Bildungssystem haben. Das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland benachteiligt laut eines UN-Berichts arme und behinderte Kinder sowie Kinder mit Zuwanderungsgeschichte. Deshalb plädieren wir für die Einführung von Gemeinschaftsschulen für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Es ist für Kinder und Jugendliche von großem Nutzen, wenn sie alle länger gemeinsam und voneinander lernen. Denn so können sie ihre individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen optimal entwickeln. Aus diesem Grund befürworten wir das Modell der Ganztagschule.
- **Stärkere Orientierung an dem Erfolgsmodell bildungsstarker Länder:** Die Schule besitzt die Aufgabe der Inhaltsvermittlung. Eine gute Schule zeichnet sich dadurch aus, dass sie eng mit den Familien zusammenarbeitet. Die Schülerinnen und Schüler können nur dann optimal gefördert werden, wenn die Institution Schule, die Familie und die außerschulischen Träger miteinander kooperieren.
- **Interkulturelle Sensibilität in der Schule:** Ausbildung der Lehrkräfte und Einstellung zusätzlicher Fachkräfte, die in einem engen Verhältnis zu den Familien stehen und in der Schule für die Sensibilität im Umgang mit verschiedenen Kulturen sorgen.
- **Schule als zweites Zuhause:** Die Ganztagsschulbetreuung in Deutschland muss flächendeckend ausgebaut werden. Es muss eine städtische Unterstützungskasse für eine kostenlose, ausgewogene und gesunde Mittagsmahlzeit für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien eingerichtet werden. In der Ganztagschule sollen Schüler je nach Bedarf mit einem intensiven, zielgerichteten Nachhilfeunterricht individuell unterstützt werden. Wir fordern eine Ganztagschule, in der mehr geschieht als nur Pauken. Aktivitäten aus vielfältigen Bereichen wie Kultur, Sport, und Freizeit, die von außerschulischen Fachkräften angeboten werden können, gehören auch zu einer ganzheitlichen Erziehung. Auch die Eltern müssen als mitwirkende Akteure im schulischen Leben anerkannt und ihre Partizipation gefördert werden.

3. Familien, Frauen & Senioren

Unserer Partei ist Partizipation und Gleichberechtigung sehr wichtig. Daher setzen wir uns ein für die Förderung jener Mitglieder unserer Gesellschaft, die trotz ihrer herausragenden Leistungen aufgrund der falschen Politik der letzten Jahrzehnte zu kurz gekommen sind.

Frauen wurden in der Vergangenheit immer wieder in der Arbeitswelt wie auch in den Führungspositionen als das fünfte Rad am Wagen angesehen. Damit muss endlich Schluss sein und die wichtige Rolle der Frau in der Gesellschaft endlich herausgehoben werden. Es kann nicht sein, dass die Politik zwar mehr Kinder verlangt, um ein Überleben des Sozialstaates zu garantieren, doch in Nachgang die Mütter mit schlechten Berufs- oder Weiterbildungschancen oder niedrigen Renten bestraft. Frauen müssen die Gelegenheit bekommen, an allen Schlüsselpositionen unserer Gesellschaft, die noch von Männern dominiert werden „ihre Frau“ stehen zu dürfen. Die BIG Partei selbst hat daher den

Grundsatz herausgegeben, dass in jedem Landes- oder Kreisverband mindestens eine Frau im Vorstand vorhanden sein sollte. Wir halten zwar nichts von statischen Quotenregelungen, sehen jedoch ein, dass ohne den politischen Willen etwas zu ändern eine Öffnung von Führungspositionen in unserer Gesellschaft für Frauen länger dauern wird, als dass wir bereit sind zu warten. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass noch mehr Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Staat und der Politik tätig sein können, als dies aktuell der Fall ist.

Unsere Senioren liegen uns besonders am Herzen. Menschen, die ihr Leben damit verbracht haben für unser Land zu arbeiten und es wachsen zu lassen. Dankbarkeit und Respekt sind hier die passenden Begriffe, die unsere Partei für diese Menschen empfindet. Wir setzen uns daher ein, dass unsere Senioren den Platz in unserer Gesellschaft bekommen, den sie verdienen. Das fängt an, bei der Gesundheits- und Pflegeversorgung zu Hause, geht über eine Mindestrente für alle in Höhe von 1200 Euro und endet bei kostenfreien Verkehrsnetznutzungsmöglichkeiten und Kulturveranstaltungen wie Oper oder Theater. Die genannte Mindestrente ist uns ein besonderer Herzenswunsch. Denn es kann nicht sein, dass beispielsweise eine Mutter, die 2 Kinder für dieses Land großgezogen hat und als Hausfrau volle Leistung für die Erziehung dieser Kinder und die Familie erbracht hat, heute wegen ihrer minimalen Rente von Sozialhilfen abhängig ist, um ihre Miete zahlen zu können. Oder die vielen älteren Menschen, die aufgrund der zu niedrigen Rente nach einem langen Arbeitsleben Pfandflaschen aufsammeln müssen, sind ein Unding in unserem reichen Land. Hier sollte sich die Politik schämen, die zwar Milliarden Euro an Subventionen in alle möglichen Kassen spült, aber diese Menschen sich selbst überlässt. Wir werden das ändern. Mit uns wird die Mindestrente kommen.

Die Familie ist die Urzelle einer jeden Gesellschaft. Nur aus vielen solch gesunder Zellen kann auch eine gesunde Gesellschaft wachsen. Daher ist der Schutz der Familie uns ein besonderes Augenmerk.

Grundlage der staatlichen Ordnung ist die Familie als Zusammenschluss von Frau und Mann, diese verdient Förderung und Unterstützung in jeder Hinsicht. Hierzu gehört, dass der Staat bedarfsdeckend die Versorgung und Betreuung der Kinder sichert. BIG ist der Auffassung, dass das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und Kinderhorten viel flexibler und umfassender geregelt werden muss als bisher, um so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf und in der Gesellschaft ist erklärtes Ziel der Partei.

BIG fordert eine Verstärkung des besonderen Schutzes der Kinder in allen Lebensbereichen. Die Förderung des Familienzusammenhaltes hat auch die Ebene, dass die Versorgung von Senioren in Familiennähe und -umfeld durch staatliche geeignete Maßnahmen und Regelungen gefördert werden muss.

Es gilt hier der Grundsatz:

Frauen, Senioren und Familien sind aufgrund ihrer besonderen Stellung in unserer Gesellschaft klar zu fördern. Hier zu sparen, bedeutet an der falschen Stelle zu sparen.

Familien gestalten Zukunft!

Durch den Zerfall traditioneller Familienstrukturen muss der Staat immer mehr Hilfestellung anbieten. Hierzu gehört, dass der Staat bedarfsdeckend die Versorgung und Betreuung der Kinder sichert. Zudem fordert die Berufswelt immer mehr Flexibilität von den Eltern. Daher ist

es wichtig, dass die Familien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gestärkt werden. BIG ist der Auffassung, dass das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und Kinderhorten viel flexibler und umfassender geregelt werden muss als bisher, um so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Erziehung der Kinder, Wertevermittlung sowie Pflege von Angehörigen müssen belohnt werden.

BIG fordert eine Verstärkung des besonderen Schutzes der Kinder in allen Lebensbereichen. Die Förderung des Familienzusammenhaltes hat auch die Ebene, dass die Versorgung von Senioren in Familiennähe und -umfeld durch staatliche geeignete Maßnahmen und Regelungen gefördert werden muss.

- **Familie als Stütze der Gesellschaft:** Eine Familie zu gründen, muss sich trotz Beruf und Wirtschaftskrise wieder lohnen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen am Arbeitsplatz oder Heimarbeitsplätzen sowie flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitbeschäftigungen stark gefördert werden. Die Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten darf bei den Betroffenen nicht zu Karrierenachteilen führen.
- **Familien finanziell entlasten:** Elternbeiträge für Kinder in Kindertagesstätten und in der Tagespflege müssen an die finanziellen Möglichkeiten der Eltern angepasst werden. Familien mit schwachem Einkommen sollen kostenfreie Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Stärkere steuerliche Entlastungen junger Familien mit Kindern und Alleinerziehender, sowie die Förderung sozialen Wohnungsbaus ermöglichen diesen Menschen eine adäquate, soziale Teilhabe in unserer Gesellschaft.
- **Familien brauchen auch mal Coaching:** Finanziell benachteiligte Familien mit Kindern sollten bei Bedarf Beratungsangebote zur Kindererziehung, Familienmanagement sowie gesunde Ernährung in Anspruch nehmen können. Bei persönlichen, familiären und beruflichen Krisen sowie bei Schulschwierigkeiten ihrer Kinder brauchen Familien Anlaufstellen, bei denen sie individuell beraten werden können.

Frauen nach vorne!

- **Gleiche Chancen für alle Frauen:** Die volle Teilhabe und der gleiche Erfolg der Frauen auf dem Arbeitsmarkt müssen selbstverständlich sein. Wegen des in naher Zukunft geringeren Angebots an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften sind Wirtschaft und Gesellschaft auf qualifizierte Mitarbeiterinnen angewiesen. Gefördert werden muss, dass Frauen unabhängig vom Familienstand entsprechend ihrer Qualifikationen am Erwerbsleben chancengleich teilhaben können. Ebenso sollen Berufsrückkehrerinnen beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt gezielt gefördert, qualifiziert und unterstützt werden. Leider sind sowohl in der Wirtschaft, als auch in Politik und Verwaltung Frauen in Führungspositionen in Deutschland sehr rar. Dies zu ändern ist ein vorrangiges politisches Anliegen von uns.
- **Benachteiligung von Frauen stoppen:** Keine Frau darf wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder diskriminiert werden. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Bildung und Beruf. Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen muss in allen Bereichen unserer Gesellschaft gelten. Vor allem in der Arbeitswelt steht Frauen gleicher Lohn für

gleichwertige Arbeit zu. Die Politik muss konsequent handeln und Arbeitgeber für eine Verbesserung in diesem Bereich sensibilisieren.

- **Alleinerziehende Frauen brauchen mehr Unterstützung:** Wir fordern für alleinerziehende Frauen kostengünstige Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten oder Teilzeitbeschäftigung sowie Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum.
- **Jedwede Gewalt gegen Frauen ist kriminell:** Ganz gleich, ob im häuslichen Bereich, oder im öffentlichen Leben: Frauen dürfen keine Gewalt erfahren! Vorhandene Frauenhäuser müssen vom Bund finanziell stärker unterstützt werden. Anlaufstellen für diskriminierte Mädchen und Frauen müssen personell ausgebaut und qualifiziert besetzt werden. Durch verbesserte Bildungs- und Berufschancen sollten insbesondere junge Frauen mit kultureller Vielfalt in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden.

Senioren bieten Erfahrung!

Senioren sind ein wesentlicher und ständig wachsender Teil unserer Gesellschaft. Sie haben eine große Berufs- und Lebenserfahrung und in der Regel eine hohe soziale Kompetenz. Daher muss es ein Schwerpunkt bundesdeutscher Politik sein, das große und vielfältige Potenzial der älteren Generation selbst bestimmt für die soziale Entwicklung unseres Landes zu nutzen. Dies liegt nicht zuletzt auch im Interesse der Senioren selbst.

- **Senioren sind fit:** Die Potenziale von Senioren, auch in hohem Alter für sich und andere aktiv zu sein, sind hoch. Meist sind sie motiviert und bereit, sich für die Gemeinschaft einzusetzen. In Zusammenarbeit mit entsprechenden Akteuren aus diversen Fachbereichen und bereitwilligen Senioren sollte ein Gesamtkonzept und verschiedene Projekte für Deutschland entwickelt werden. Zum Beispiel könnte man den Einsatz von Senioren in Ganztagschulen unbürokratisch fördern. Sie können Schülern Nachhilfe erteilen, Hausaufgaben betreuen sowie selbst von Schülern z. B. den Umgang mit dem Computer etc. erlernen.
- **Fortbildung kennt kein Alter:** Politik muss Senioren einen gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen und vielfältigen Lernangeboten ermöglichen, damit dem Wunsch der Senioren nach lebenslangem Lernen Rechnung getragen wird. Ein attraktives, förderungswürdiges Lernangebot ist die Fortbildung „Geragogik = Lernen im Alter“. Themen hierbei sind z.B.: Bildung im Alter, Lebensweisen und Kompetenzen im Alter, Partizipation im Alter, Biographiearbeit, Frauenbildung im Alter, Intergenerationelles Lernen, Internet. Seniorenbegegnungsstätten mit breitem Beratungsspektrum müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- **Gerechte Wohn- und Pflegeformen für Senioren:** Senioren sollten in familienpolitische Konzepte eingebunden werden. Hierzu sind auch wohnpolitische Maßnahmen, wie die Förderung und der Ausbau von integrativen Mehrgenerationenhäusern und betreuten Wohnprojekten, notwendig. Solche Projekte bringen das solidarische Miteinander und den Dialog der Generationen voran. Auch dem Bedarf älterer Migranten muss die Politik gerecht werden. Ein wichtiges Projekt wäre z. B. die Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens für ältere Migranten. Für diese Zielgruppe sind kultursensible Angebote und Dienste, in denen religiöse und kulturelle Unterschiede umfassend berücksichtigt werden, so gut wie nicht vorhanden. Daher ist es jetzt schon notwendig, den Anteil von Pflegekräften mit kultureller Vielfalt zu erhöhen.

- **Pflegebedürftige Senioren dürfen nicht benachteiligt werden:** Hier sind soziale Lösungen gefragt. Altersarmut oder andere Hindernisse dürfen bedarfsgerechten Pflegeleistungen nicht im Wege stehen. Vor allem die häusliche Pflege durch Angehörige oder durch ambulante Pflegedienste ist erstrangig zu fördern, damit die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld wohnen können. Auch die Pflege in Heimen muss würdig umgesetzt werden.
- **Keine Barrieren für Senioren:** Viele Einrichtungen in Deutschland sind weder senioren- noch behindertengerecht. Daher müssen Hindernisse und Zugangsbarrieren beseitigt und sichere Verkehrswege für Fußgänger und Rollstuhlfahrer ermöglicht werden.

4. Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Finanzen

Die deutsche Wirtschaft war schon immer der Antriebsmotor des gesellschaftlichen Wohlstands und des hohen Lebensstandards in unserem Land. Das muss auch so bleiben. Daher will die BIG Partei eine im Grunde deregulierte Wirtschaftspolitik, aus der sich die Politik in großem Maße heraushält. Nur ein frei agierendes Unternehmen ist ein meist auch ein erfolgreiches Unternehmen.

Hier gilt es unsere Betriebe und Konzerne klar zu fördern und ihnen politisch den Rücken freizuhalten. Dieser Grundsatz gilt, wenn gesellschaftliche Aspekte nicht bedeutend tangiert werden. Dies wäre zum Beispiel im Umweltschutz und im Arbeitnehmerschutz der Fall, auf die unsere Partei großen Wert legt. Denn Reichtum ist gut, wenn alle was davon haben und ohne einen gesunden Lebensraum ist ein hoher Lebensstandard für alle nicht möglich. In diesen Punkten sollten Politik und Wirtschaft miteinander beratend tätig sein, um gemeinsam passende Lösungen zum Wohl aller zu finden.

Es gilt, die Wirtschaftsbetriebe unseres Landes in Zeiten der Globalisierung konkurrenzfähig zu halten und diesen bei geschäftlichen Gebaren im In- und Ausland beratend und fördernd zur Seite zu stehen. Nur so kann sich unsere Wirtschaft weiter entwickeln und wachsen. Von diesem Wachstum profitieren dann wir alle; der Staat mit mehr Steuereinnahmen und Beschäftigung, das Volk durch Arbeit und Einkommen.

Der Arbeitsmarkt ist daher ein wichtiger Teil unserer Parteipolitik. Hohe Beschäftigung bei gerechter Bezahlung und sicherer Zukunftsaussicht ist das Ideal, das wir anstreben. Der Arbeitnehmerschutz, die soziale Absicherung und die Fürsorge für die Familie des Arbeitnehmers sind daher unabdingbar. Der bereits erst sehr spät eingeführte Mindestlohn war seit der Gründung unserer Partei eine unserer Kernforderungen für den Arbeitsmarkt. Nun ist er zwar eingeführt worden, doch ist er viel zu gering. Wir fordern daher den Mindestlohn nicht als Stundenlohn, sondern als solchen zu beziffern, der auch notwendig ist. Wir fordern bei geltenden Arbeitszeitregelungen ein „Mindestgrundlohn“ von netto 1.750,- Euro für jeden Vollzeitmitarbeiter. Nur so kann Wohlstand und Wachstum wirklich bei den Menschen in der Basis ankommen. Unsere Unternehmen können Hand in Hand mit der Politik ein solches Vorhaben leicht stemmen und realisieren. Es ist genug Geld für alle da.

Es gilt hier der Grundsatz:

Die Wirtschaft ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, die es zu schützen und zu fördern gilt. Der Arbeitsmarkt und der Arbeitnehmer sind der Mörtel des wirtschaftlichen Gefüges und daher sehr wichtig für uns. Arbeit muss sich wieder lohnen. Der „Mindestgrundlohn“ muss her.

Deutschland muss wirtschaftlich stark bleiben!

Deutschland steht – wie der Rest der Welt – vor einer wirtschaftlichen Herausforderung. BIG geht davon aus, dass durch die Stärkung des technischen und wissenschaftlichen Potenzials in Deutschland die Vorreiterstellung in vielen Bereichen ausgebaut werden kann. Zentrales Thema ist auch hier, dass die Chancen, die mit der Vielschichtigkeit unserer Gesellschaft einhergehen, genutzt werden.

Die schrankenlose Selbstbedienungsmentalität und die unverantwortliche Risikobereitschaft der auf dem Finanzmarkt tätigen Konzerne bedürfen dringend einer wirtschaftsethischen Regelung. BIG ist offen für alternative Ansätze gegenüber dem zinsbelasteten Wirtschaftssystem innerhalb der freien Marktwirtschaft.

- **Standortmarketing optimieren:** Um Deutschlands Internationalität ausbauen und gut vermarkten zu können, ist ein konzeptionell effizientes Standortmarketing notwendig. Die Wirtschaftsförderungen sind hierbei gefordert, mit diversen Wissenschaftseinrichtungen und anderen Wirtschaftsförderungen in entsprechenden Regionen zu kooperieren. Denn heutzutage sind Kommunen nur konkurrenzfähig, wenn sie strukturell in Wirtschaftsregionen mit optimalen Voraussetzungen eingebettet sind.
- **Die Wirtschaft muss mehr Verantwortung übernehmen:** Deutsche Unternehmen müssen gemeinsam mit den entsprechenden Bundesbehörden, der Bundesagentur für Arbeit und der IHKs nachhaltige Programme zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit entwickeln. Betroffen sind meist Jugendliche mit schlechten Schulabschlüssen oder ohne Schulabschlüsse, Arbeitslose mit kultureller Vielfalt sowie Langzeitarbeitslose. Ziel der Politik muss aber auch sein, bestehende Arbeitsplätze zu sichern.

Finanzen

Eine solide Finanzpolitik ist grundlegend für die langfristige Funktion eines Wirtschaftssystems. Das gilt auch für Staaten. Unsere Partei hat das klare Ziel mit den alljährlichen Neuverschuldungen in unserem Land nicht wie kürzlich geschehen kurzfristig, sondern dauerhaft ein Ende zu machen. Es darf nur so viel Geld ausgegeben werden, wie zur Verfügung steht. Die Überschüsse sind zum Abbau des aufgrund falscher Finanzpolitik der etablierten Parteien seit den 70er Jahren bis heute angehäuften über 2 Billionen Euro großen Schuldenbergs zu verwenden. Die Zinslast an die Gläubiger Deutschlands wird mit der abzubauenen Schuldenmenge auch kontinuierlich reduziert werden.

Grundsätzlich ist genug Geld in unserem Land da. Das, was wirklich den Ausschlag gibt, ist die Verteilung der Gelder. Hier werden wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Der „kleine Mann“ im Volk muss genau so seinen angemessenen Anteil bekommen wie auch der subventionsberechtigten Konzern.

Es gilt hier der Grundsatz:

Geliehenes Geld ist schlechtes Geld. Deutschland kann nur unabhängig und stark bleiben, wenn es in seiner Finanzpolitik nicht auf fremdes Geld insbesondere von privaten Finanzunternehmen wie Banken angewiesen ist. Das Zinsjoch Deutschlands muss endgültig aufgebrochen werden. Die Verteilung der Gelder nach unten muss fair und gerecht erfolgen.

5. Soziales, Gesundheit, Ernährung & Landwirtschaft

Die BIG Partei steht für soziale Gerechtigkeit und ist gegen die Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Land. Denn es ist grundsätzlich genug Geld für alle da, um gut und auf ausreichend gutem Niveau leben zu können. Hier hat die Politik aber eine besondere Pflicht. Sie muss dort, wo soziale Ungerechtigkeiten bestehen, Krisenpunkte erkennen und Schwerpunkte setzen. Deutschland muss ein Sozialstaat mit der Sicherheit einer guten Existenzgrundlage für ALLE unsere Menschen bleiben. Sei es im Bereich der Altersrente und Pflege oder im Bereich des Gesundheitswesens und in den Bereichen der Beschäftigtenabsicherung müssen wir solche Standards einführen, die garantieren, dass es allen betroffenen Menschen in unserem Land gleichermaßen gut geht.

Als Beispiel für eine große Ungerechtigkeit ist die in unserem ärztlichen Versorgungswesen entstandene Diskrepanz zwischen dem meist besser gestellten Privatversicherten und dem gesetzlich versicherten Kassenpatienten. Es kann nicht sein, dass gesetzlich Versicherte auf einen Termin in der Regel länger warten müssen als höher abzurechnende Privatpatienten. Oder dass seltene Behandlungsmethoden Privatpatienten gewährt, aber gesetzlichen Patienten verwehrt werden. Dies ist mittlerweile Alltag in vielen Arztpraxen und muss aufhören. Hier sind aber nicht die Ärzte oder Kliniken zu kritisieren, sondern die gesetzlichen Krankenkassen zu fordern und natürlich nicht zuletzt die Politik. Gleiche Gesundheitsvorsorge in gleichen Fristen.

Genauso verhält sich das mit der Förderung von Arztpraxen in ländlichen Gebieten, wo mittlerweile aufgrund eines Ärztemangels die angemessene Versorgung von meist älteren Menschen gefährdet ist.

Es gilt hier der Grundsatz:

Deutschland muss Sozialstaat bleiben und als solcher wachsen. Die Gesundheitsversorgung in unserem Land muss gerechter, fairer und flächendeckender werden.

Ernährung & Landwirtschaft

Die Ernährung und die Landwirtschaft sind wichtige Aspekte im Bereich der Versorgung unseres Landes. Sie sind die Grundpfeiler, auf die sich Stabilität und Wohlstand gründen. Als oberste Ziele der BIG Partei im Bereich der Lebensmittelproduktion werden die Unabhängigkeit von ausländischen Nahrungsmittelimporten und der Konsumentenschutz stehen. In diesem Rahmen werden unsere einheimischen Produktionsbetriebe besonders gefördert und geschützt werden. Welch ein Unsinn ist es, z. B. für unsere Klimaverhältnisse günstig wachsendes Gemüse aus anderen Teilen der Erde nach Deutschland zu transportieren, wenn der deutsche Landwirt das gleiche Produkt direkt vor der Haustüre in bester Qualität liefern kann. Dieser überzogene Lebensmittelimport muss aufhören.

Der Konsumentenschutz steht für uns auch an oberster Stelle. Der Endverbraucher muss unbedingt ersehen können, was er da gerade isst und woher dieses Produkt stammt. Wir wollen das strikte Verbot der Genmanipulation beim Lebensmittelanbau und unterstützen düngerreduziertere sowie pestizidärmere Produktionsmethoden. Die Kennzeichnungspflicht wie z. B. Ampelsystem, Bestandsstoffe des Nahrungsmittels oder detailliertere Nährwertangaben sind weiter auszubauen.

Es gilt hier der Grundsatz:

Die deutsche Landwirtschaft muss gestärkt und der Konsum einheimischer Produkte vor dem Import ausländischer gleichwertiger Produkte gestellt werden. Der Konsumentenschutz

und die Konsumentenaufklärung in Bezug auf Lebensmittel stehen über allen wirtschaftlichen oder ökonomischen Interessen der Politik oder der Lebensmittelindustrie.

6. Umwelt & Energie

In einer Welt, in der Ressourcen immer knapper werden und wir als Industrienation einen Anstieg der Treibhausgase in unserer Atmosphäre mitzuverantworten haben, ist ein konsequenter Umweltschutz ein Muss. Erneuerbare Energien, emissionsreduzierende Produktionsmethoden und Filteranlagen, Elektromotoren für Fahrzeuge und Flugzeuge, energiesparende Bautechnologien sind nur einige wenige Beispiele des breiten Spektrums des innovativen Umweltschutzes.

Naturschutz ist nicht ohne Artenschutz denkbar. Deutschland ist für seine Pflanzen- und Tiervielfalt bekannt. Wir wollen diese Vielfalt erhalten und die Natur schonen.

Es gilt hier der Grundsatz:

Wir wollen insbesondere die erneuerbaren Energien, die Entwicklung von Elektromotoren und die Emissionsreduzierung in Produktionsstätten fördern.

Unsere Umwelt ist wertvoll und schützenswert!

Fossile Brennstoffe sind endlich. Die Erde ist nur imstande, eine gewisse, ebenfalls endliche Menge an Belastungen zu verkraften. Daraus resultiert die Verpflichtung zum verantwortungsvollen Umgang mit vorhandenen Ressourcen.

BIG fordert den breiten Einsatz regenerativer Energien zur Sicherung eines lebenswerten Umfeldes für nachfolgende Generationen.

Der Respekt und die Verpflichtung zur Rücksicht auf Andere, der verantwortliche Umgang mit den vorhandenen Mitteln, mit dem den Menschen Anvertrauten, ist jedem Mitglied von BIG ein ernstes und grundlegendes Anliegen.

- **Eine saubere Umwelt bestimmt unsere Lebensqualität:** Diesbezüglich sollte das Umweltministerium ein ökologisch, ökonomisch und ganzheitlich optimiertes Gesamtkonzept erstellen. Dazu gehören sowohl die Förderung von Energieeinsparung und der Einsatz erneuerbarer Energien wie Photovoltaik, Solarthermie und Biogas im privaten und öffentlichen Sektor als auch Förderprogramme zur energetischen Sanierung von privaten und öffentlichen Gebäuden in Deutschland.
- **Ökostrom fördern:** Alle öffentlichen Gebäude sollten mit Naturstrom versorgt werden.
- **Bio-Produkte aus der Region helfen dem Klimaschutz:** Verbraucher sollten durch diverse Aktionen über Klimaschutz und Energiesparmaßnahmen besser informiert werden. Eine Aufrufaktion wäre z. B. biologisch erzeugte Lebensmittel aus unserer Region zu kaufen, da lange Transportwege überflüssige Emissionen verursachen.

7. Wissenschaft, Forschung & Innovation

Der Wissenschaftsstandort Deutschland soll erhalten bleiben. Wir als die BIG Partei werden zielgerichtet fordern und fördern, um dies weiter so erhalten zu können. Die moderne Einrichtung von Forschungseinrichtungen in Universitäten muss genau so gefördert werden, wie der Zuzug von ausländischem Know-how in Form von qualifizierten Studenten und Wissenschaftlern aus anderen Teilen der Welt.

Es gilt hier der Grundsatz:

Stillstand bedeutet Untergang. Daher sind Forschungseinrichtungen und neue Technologien Ziel der Förderung unserer Partei.

8. Kultur & Medien

Ein sehr wichtiger Punkt für unsere Partei stellt das Ausleben der kulturellen Werte in unserem Land dar. Jeder Mensch sollte unserer politischen Überzeugung nach seiner Kultur so leben dürfen wie er möchte, solange dies sich im Rahmen der gesetzlichen Gegebenheiten bewegt. So ist der Altmotiv in Bayern, der Karneval der Jecken in Köln, die Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth, die Kammerspiele in Hamburg und viele andere Kulturereignisse für viele Bürger in unserem Land kulturell von wichtiger Bedeutung.

Genauso von wichtiger Bedeutung sind für uns auch die Osterfeierlichkeiten der aramäischen Minderheit in unserem Land oder die Ramadan-Festlichkeiten unserer muslimischen Mitbürger. Nicht zu vergessen das Weihnachten unserer christlichen Bürger oder der Sabbat der jüdischen Gläubigen. All dies ist uns wichtig. Jeder sollte seine Kultur, seine Werte so leben und feiern können, wie er es möchte. Wichtig ist nur, dass der eine Gedanke stets gestärkt und nicht vergessen wird. Wir ALLE sind DEUTSCHLAND!

Wir sitzen alle im gleichen Boot. Kulturelle Bereicherung ist in den Augen der BIG Partei nichts was uns abschrecken, sondern Neugierig machen sollte. Unsere Partei hält nichts von einer aufdiktierten „deutschen Leitkultur“, wobei es immer strittig sein wird, was denn nun „deutsche Leitkultur“ eigentlich genau ist. Denn die deutsche Kultur ist, wie die meisten Kulturen so vielseitig, dass Leitkultur-Definitionen ihr nicht gerecht werden. Was für den Süddeutschen urdeutsche Werte sein können, sind für den Norddeutschen potemkinsche Dörfer. Daher ist dies eher ein leerer Begriff, als dass er eine konkrete Lösung darstellt. Die Lösung ist der gegenseitige Respekt und Achtung gegenüber den kulturellen Werten des Anderen.

Kulturfreiheit und Religionsfreiheit gehen Hand in Hand. Die Religionsfreiheit in unserem Land muss erhalten bleiben und ausgebaut werden. Eine Aussage, dass diese oder jene Religion oder Glaubensgemeinschaft nicht zu Deutschland gehört, ist soweit absurd, zumal Vertreter dieses Glaubens in unserem Land als fleißige Bürger pflichtbewusst leben und arbeiten. Jeder in unserem Land lebende Mensch und jede hier vertretene Religion sowie Kultur gehören zu Deutschland.

In Bezug auf die Medien vertritt unsere Partei den klaren und unabrückbaren Standpunkt der Presse- und Meinungsfreiheit in unserem Land. Diese Freiheiten können aber nur dann in vollem Umfang gewährleistet werden, wenn auch eine Medienvielfalt mit genügend unabhängigen Medien vorhanden ist. Es ist eine unausgesprochene Tatsache, dass sich das Medienmonopol in Deutschland in den Händen von einigen wenigen großen Medienkonzernen befindet. Dieses Monopol wird uns jeden Tag wieder vor Augen geführt.

Eine solche Monopolstellung einiger weniger Großkonzerne ist kontraproduktiv für eine wirklich unabhängige Presse, wie wir das in letzter Zeit durch konkrete Beispiele einer zutiefst einseitigen Berichterstattung in Bezug auf einige Deutschland bewegende Themen feststellen konnten und was in der Vergangenheit auch durch den deutschen Presserat bereits ebenfalls festgestellt worden ist.

Um die Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland in vollem Umfang gewährleisten zu können, müsste die Monopolstellung dieser Großkonzerne zugunsten kleinerer Medienunternehmen beschnitten werden. Das Bundeskartellamt macht übrigens nichts anderes als das, nämlich Monopolstellungen von Konzernen oder Absprachen verhindern. Ein solches „Pressekartellamt“ würde darüber Acht geben, dass Großkonzerne in diesem empfindlichen Bereich nicht zu mächtig werden. Das Monopol an der Information und die Vermittlung von diesen an das Volk bedeutet sehr große Macht, die man nicht einfach dem Gutdünken von gewinnorientierten Privatkonzernen oder politischer Einflussnahme offenstehenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften überlassen darf. Unsere Partei plädiert dafür, dass diese Großunternehmen Teile ihres „Informationsmonopols“ zugunsten vieler kleinerer Medienunternehmen abgeben müssen.

Die BIG Partei stellt sich klar gegen die Zensur und möchte ausschließlich die Medienvielfalt in Deutschland fördern. Weg von den wenigen großen zentralen Medienkonzernen hin zu den vielfältigen Informationsquellen in der Fläche. So kann unserer Meinung nach die Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit allumfassend gewährleistet werden.

Genauso, wie wir das Monopol der Großkonzerne begrenzen wollen, möchten wir die Sonderstellung der Öffentlich-rechtlichen in Bezug auf die GEZ abschaffen. Wir setzen uns daher für eine Abschaffung der GEZ-Gebühren ein.

Es gilt hier der Grundsatz:

Alle in Deutschland lebenden Menschen, Kulturen und Religionen gehören zu unserem Land, denn „wir ALLE sind Deutschland!“ Die BIG Partei spricht sich für den Respekt gegenüber allen Kulturen und Werten in unserem Land aus und lehnt den Begriff „Leitkultur“ ab.

Die Medien und die Presse-/Meinungsfreiheit sind die unabkömmlichen Säulen unserer freiheitlichen Grundwerte. In diesem Bereich schadet das Monopol einiger weniger großer Medienkonzerne der Pressefreiheit. Deren Monopol sollte auf mehrere kleine unabhängige Medienunternehmen verteilt werden. Wir stehen für Informationsvielfalt anstelle von Informationseinfalt. Daher plädieren wir für ein „Bundespressekartellamt“ und die Abschaffung der GEZ.

Kultur bedeutet Lebensqualität!

- **Kultur muss für jeden zugänglich sein:** Ob jung oder alt, arm oder reich, männlich oder weiblich, In- oder Ausländer, die Kunst sollte allen Menschen in unserem Land zugänglich gemacht werden. Denn Kultur stiftet Identität, schafft Bildung und bedeutet soziale Teilhabe in unserer Gesellschaft. Kultur ist somit ein wichtiger Teilhabefaktor. Daher ist es als politische Aufgabe wichtig, das vielfältige Kulturangebot in unserem Land zu schützen und zu fördern. Den zuständigen Ministerien in Deutschland fallen hierbei wichtige Aufgaben zu. Zum einen muss es bestehende Kulturangebote erhalten, zum anderen private Gelder für neue Kulturprojekte akquirieren. Grundlage solcher Public-private-Partnerships könnte ein professionelles Fundraising bilden, wie das im angelsächsischen Kunst- und Kulturbetrieb bereits die Regel ist.

- **Interkulturelle Kulturangebote fördern:** Das interkulturelle Potenzial von Kindern und Jugendlichen mit kultureller Vielfalt sollte gezielt gefördert werden. Es ist wichtig, ihren Begabungen Raum zu geben und Ihnen damit zu bekunden, dass sie ein Teil unserer Gesellschaft sind. Ebenso sollten Kulturträger vermehrt Angebote für diese Zielgruppe machen.

9. Vielfalt & Teilhabe

Migranten sind unsere Nachbarn!

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein mittel- bis langfristiger interaktiver Prozess und bedeutet für uns in erster Linie die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben. Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit sind Voraussetzungen für eine gerechte Teilhabe. Ein besonderer Schwerpunkt unserer politischen Arbeit wird es sein, die Teilhabe in Deutschland mitzugestalten. Wir setzen uns für die Bewahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft durch Abbau von Vorurteilen ein. Die Förderung des Dialogs ist für uns eine Herzensangelegenheit. Jedwede Art von Diskriminierung, Ungerechtigkeit, Extremismus, Fanatismus, Terrorismus, sowie Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus lehnen wir entschieden ab.

Die Eingliederung Mitbürger mit Einwanderungshintergrund und deren Kinder in das deutsche System ist unabdingbare Voraussetzung für ein gutes Miteinander. Die Beibehaltung der kulturellen Identität ist Voraussetzung für das Entstehen starker Partner, die mit ihrem Beitrag dem Wohle aller dienen können. Der Prozess setzt gegenseitige Rücksichtnahme und gegenseitigen Respekt voraus. Die kurzfristigen Forderungen nach uneingeschränkter Anpassung bei Aufgabe eigener Werte und Identitäten ist für BIG nicht akzeptabel. Die Partei ist der Auffassung, dass nur kenntnisreicher und respektvoller Dialog das Mittel ist, hier die Lösung zu finden. Die Partei setzt sich dafür ein, dass zur Wahrung der kulturellen Identität aller Minderheiten auch Unterricht hierüber in die Lehrpläne gehört.

Die Bürger unseres Landes können nur ein gemeinsames Selbstbewusstsein und eine adäquate Einschätzung ihres wahren hohen Wertes als Gemeinschaft und als Einzelner erhalten, wenn alle Bürger viel mehr übereinander wissen. Hier liegt eine Aufgabe der Schulen.

Eine positive Änderung der Einstellung jedes Einzelnen und der Gesamtheit zum Thema Vielfalt muss gefördert werden. Es ist erklärtes Ziel des politischen Wirkens der BIG, durch die Teilnahme an politischen Prozessen auf allen Ebenen auf die Normalität von Bürgern mit kultureller Vielfalt hinzuweisen.

Integration bedeutet für uns weder Assimilierung noch Separierung! Sie bedeutet für uns:

- **Sprachliche Integration:** Eine gute Sprachkompetenz ist der Schlüssel für eine qualifizierte und erfolgreiche Schul- und Berufslaufbahn. Daher ist es sehr wichtig, die deutsche Sprache bei Kindern und Jugendlichen mit kultureller Vielfalt frühzeitig intensiv zu fördern. Diese Förderung sollte schon in Kindergärten beginnen. Dabei sollte die Förderung der Herkunftssprache nicht vernachlässigt werden, denn der sichere Umgang mit der Herkunftssprache erleichtert den Erwerb der deutschen Sprache wie auch weiterer Fremdsprachen. Die Mehrsprachigkeit bei Migranten sehen wir in Zeiten der Europäisierung und Globalisierung als eine wichtige Chance. Die Unterstützung zweisprachiger Förderansätze ist auch deswegen sinnvoll, weil sie die Familiensprache

und damit die mehrsprachige Entwicklung von Kindern stärkt und die Eltern in die gemeinsame Erziehungsverantwortung einbezieht.

- **Teilhabe durch Bildung:** Projekte zur Förderung der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildung von Migranten müssen konsequent umgesetzt werden.
- **Berufliche Teilhabe:** Auch hier gilt es Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung zu gewährleisten. Adäquate Ausbildungs- und Berufsberatung für Jugendliche und Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte sind von Fachkräften mit interkultureller Kompetenz zu bewältigen. Die lokalen Verwaltungen sind aufgefordert, zielgerichtete Maßnahmen für Aus- und Weiterbildung für diese Zielgruppen zu initiieren, um ihnen positive Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Die Wirtschaftsförderungen und die IHKs sind aufgefordert, Existenzgründer gezielt zu beraten und zu betreuen. Darüber hinaus darf kein Bürger in Deutschland wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt werden.
- **Soziale Teilhabe:** Die Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten und Aufgaben ist eine wichtige Bedingung, um sich heimisch fühlen zu können.
- **Mentale Teilhabe:** Kulturelle Unterschiede sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Nachbarschaftlichkeit und das „WIR-Gefühl“ statt „Wir und Ihr“ sowie der Dialog auf Augenhöhe muss auf allen Ebenen unserer Gesellschaft gestärkt werden. „Vielfalt statt Einfalt und trotzdem eine Einheit“ ist unser Motto!
- **Politische Teilhabe:** Politische Prozesse müssen für alle Bürger transparenter werden. Die zunehmende Politikverdrossenheit und die Wahlmüdigkeit müssen zu neuen Ansätzen führen.

Mit brennender Sorge stellen wir als BIG Partei die Zunahme einer Politik der Ausgrenzung fest. Die künstliche Schaffung von Feindbildern, von Konflikten und von scheinbaren Widersprüchen wird planvoll genutzt, um Politik mittels Schuldzuweisung zu führen. Der einzige Weg aus der sich so abzeichnenden, in Deutschland aufgrund der geschichtlichen Vorgaben sehr bewussten Gefahr, ist die offene, differenzierte, adäquate Auseinandersetzung mit den bestehenden Sachproblemen. Diese müssen hier und jetzt mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gelöst werden.

BIG versteht sich als Brückenbauer zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen und setzt sich für respektvollen Dialog auf Augenhöhe ein. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer ist eine Grundforderung der BIG.

- **Interkulturelle Öffnung der Verwaltung:** Die öffentlichen Einrichtungen sind gut damit beraten, Menschen mit kultureller Vielfalt einzustellen und ihren Mitarbeitern Fortbildungsprogramme für den Erwerb interkultureller Kompetenzen anzubieten.

10. Inneres & Sicherheit

Die aktuellen Erfordernisse im Bereich der inneren Sicherheit sind immens und vielfältig. Sie reichen von präventiven Maßnahmen zur Verhütung bis hin zur aktiven Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität. Besonders zu erwähnen sind hier auch Sonderlagen wie Extremismus und Terrorismus (z. B. DAESH, NSU, PKK... u. a.), die besondere Arten der Prävention und Repression erfordern.

Die BIG Partei ist überzeugt, dass es besser ist, Straftaten durch Aufklärung und andere Maßnahmen vorzubeugen, als Straftaten erst nach ihrer Begehung und erfolgtem Schaden für die Bevölkerung zu verfolgen. Trotzdem ist die repressive Verfolgung von begangenen Straftaten ein besonders wichtiger Punkt zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und dementsprechend zu gewichten.

Die innere Sicherheit ist stark von der personellen Stärke, Ausrüstung und Motivation unserer Sicherheitsbehörden, aber auch unserer Justiz abhängig. Die BIG Partei will daher eine klare und kontinuierliche Stärkung dieser Institutionen, vor allem der Länderpolizeien, der Bundespolizei und den Ämtern für Verfassungsschutz. Natürlich unter dem klaren Grundsatz der Neutralitätspflicht des Staates gegenüber dem Bürger.

Eine Politisierung der Sicherheitsorgane des Staates ist klar zu untersagen und bei Verstoß streng zu sanktionieren. Der Staat und seine Sicherheitsbehörden müssen unbedingt neutral und frei von politischem Einfluss bleiben. Nur so ist eine souveräne Anerkennung von deren Gewaltmonopol von allen Teilen der Gesellschaft gewährleistet.

Die BIG Partei ist davon überzeugt, dass aufgrund der föderativen Struktur Deutschlands zunächst die Zusammenarbeit der verschiedenen Sicherheitsbehörden möglichst flächendeckend sichergestellt werden muss. Hier sind entsprechend Schnittpunkte und gemeinsame Organisationen für Zusammenarbeit und für den Informationsaustausch untereinander einzurichten und zu erhalten. Wichtig ist hier ein möglichst unbürokratisches und transparentes Zusammenspiel der verschiedenen Behörden zu gewährleisten.

Als eines der wichtigsten Sicherheitsorgane mit direktem Bürgerkontakt ist ein besonderes Augenmerk auf unsere Polizei zu richten. Diese trägt bedeutend zum subjektiven und objektiven Sicherheitsgefühl unserer Bevölkerung bei. Daher will die BIG Partei unsere Polizeibeamten quantitativ und vor allem auch qualitativ stärken. Mehr besser ausgebildete, besser ausgerüstete und besser bezahlte Polizisten auf die Straße zu bringen ist eines der Ziele unserer Partei. Hier ist grundsätzlich die Bildung von großen „Wasserköpfen“ für Bürokratie und Verwaltung zu vermeiden.

Hier gilt der Grundsatz:

Nur jeder Polizist mit direkter Einwirkung auf die Kriminalität ist auch ein Mehrgewinn für die Sicherheit der Bevölkerung.

Hier vertritt unsere Partei auch die Meinung, dass ein besonderes Augenmerk auf die Menschen gerichtet sein muss, die eventuell aufgrund ihres Alters oder eines Handicaps besonders gefährdet sein könnten (z. B. Kinder/Jugendliche, Behinderte oder ältere Menschen). Leider ist es Fakt, dass gerade diese aufgrund ihrer vermeintlichen „Schwäche“ zu beliebten Zielen für Straftäter werden. Hier sind besondere und lageangepasste Maßnahmen für deren Schutz zu treffen.

Einen besonders wichtigen Aspekt bei der Auswahl und Ausbildung sämtlicher Beamten, besonders aber der Bediensteten der Sicherheitsbehörden, müssen natürlich die Treue zur freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie die korrekte ethische Einstellung bilden. Hier gilt besonders, dass gerade der Polizeibeamte als unmittelbar ausführende Exekutivgewalt des Staates ungeachtet eventuell vorherrschender politisch-populistischer Strömungen in der Öffentlichkeit, seine Aufgabe unabhängig von Abstammung, Herkunft oder Religion eines Bürgers verrichten muss.

Die BIG Partei unterstützt deshalb bei der Personalwerbung für die Sicherheitsbehörden, dies auch bei Menschen mit kultureller Vielfalt zu tun. Nur wenn wir allen Menschen Deutschlands die Möglichkeit geben, an den Strukturen des eigenen Staates mit teilzuhaben

und ihren Beitrag für die Sicherheit der Gesellschaft als Ganzes leisten zu können, kann ein ausreichendes Sicherheitsgefühl für alle Bürger und eine Identifizierung mit dem Staat erreicht werden.

Für eine starke Sicherheitspolitik möchten wir als BIG Partei die Justiz in unserem Land stärken. Eine gerechte Rechtsprechung und die Gleichbehandlung eines jeden Menschen vor Gericht ist unser oberstes Ziel.

Unser Augenmerk wird darauf liegen, den Strafraumen für beharrlich und immer wieder begangene einfache Vergehen, aber auch schwere Straftaten nicht künstlich und zu Populismuszwecken ohne weitere Anwendung zu erhöhen, sondern nach der ausgiebigen juristischen Einzelfallprüfung die bereits vorhandenen Strafmaßmöglichkeiten im Rahmen der Rechtsprechung in größerem Umfang auszunutzen.

Es gilt hier der Grundsatz:

Die BIG Partei steht für eine starke Sicherheitspolitik mit einer bürgerfreundlichen und auf den Straßen präsenten Polizei sowie einer effektiveren Justiz, die Hand in Hand die Sicherheit eines jeden Menschen in Deutschland gewährleisten können.

Genauso wie der Schutz unserer Freiheit, liegt uns auch der Schutz von Leben, Gesundheit und Besitz unserer Bevölkerung und unseres Landes sehr am Herzen.

- **Sicherheit ist wichtig - Frieden auch! Ordnung muss sein - Fairness auch!:** Die Bewahrung des sozialen Friedens und die Beachtung der Gesetze sind Voraussetzungen für ein harmonisches Miteinander.

Ohne eine funktionierende staatliche Ordnung ist ein geordnetes Zusammenleben undenkbar. Gewalt ist in keiner Ebene der Auseinandersetzung ein akzeptables Mittel. BIG sieht die Notwendigkeit strenger Gesetze zur Stärkung der inneren Sicherheit und fordert deren vorurteilsfreie konsequente Umsetzung gegenüber jeder Richtung.

BIG sieht eine Verantwortung jedes einzelnen Bürgers, seinen Beitrag zur inneren Sicherheit zu leisten.

- **Lieber Hinsehen als Wegsehen:** Diskriminierungen, ganz gleich welcher Art, dürfen in unserem Land nicht hingenommen werden. Wir fordern bundesweit die dringende Einrichtung von Antidiskriminierungsbüros als Anlaufstellen für Betroffene.
- **Flüchtlingen in Deutschland würdige Lebensbedingungen bieten:** Gesundheitsschutz, Kinderbetreuungsplätze sowie der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt müssen für ein wirtschaftsstarkes und soziales Land wie Deutschland selbstverständlich sein.

Dialog stärkt den Frieden!

- **Deutsche sind weltoffen, fair und freundlich:** Dies soll auch so bleiben. Umso mehr ist es von Bedeutung, den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern. Ohne einen aufrichtigen Dialog ist der soziale Frieden zerbrechlich. Die beste Sicherheitsvorkehrung bringt nichts, wenn der Staat nicht in allen Bereichen des Lebens Gerechtigkeit gewährleistet, sie nicht entschieden schützt und stärkt. „Gleiche Rechte für Alle und Dialog auf Augenhöhe“ sollte das Motto einer gerechtigkeits- und friedensorientierten Verwaltung sein. Fairness und freundlicher Umgang unter den Bürgern unseres Landes

muss sowohl von privaten als auch von öffentlich-rechtlichen Organisationen unterstützt und mit entsprechenden Projekten gefördert werden.

- **Zum Dialog gehört auch der Dialog der Religionen:** In Deutschland sind eine Vielzahl von Religions- und Glaubensgemeinschaften zu Hause. Um ein besseres, gegenseitiges Verständnis unter den Bürgern Deutschlands zu fördern, ist der interreligiöse Dialog unverzichtbar. Dieser Dialog sollte das Vorhandensein gemeinsamer, universaler Werte und Rechte voraussetzen, die wechselseitig anerkannt werden. Dialog bedeutet zu informieren, aufzuklären, zu sensibilisieren und sich kritisch mit dem „Fremden“, aber auch dem „Eigenen“ auseinander zu setzen. Dabei muss das Ziel sein, Vorurteile zu überwinden, Ausgrenzung zu verhindern und Integration zu unterstützen.
- **Bitte keine falsche Toleranz:** „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: Sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen“ so Goethe.

Diesem Grundsatz schließen wir uns vollkommen an. Denn nichts ist kränkender als geduldet zu werden. Deutschland ist Heimat für alle Menschen, die in Deutschland leben. Unser Grundgesetz verlangt, dass niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Die Andersartigkeit von Mitbürgern kann als kulturelle Bereicherung aufgefasst werden und sollte nicht zur Ausgrenzung führen.

11. Europa & Migration

Die BIG Partei handelt in ihrer Europapolitik nach der Leitlinie „Wir alle sind Europa“. Das heißt, dass eine gerechte Europapolitik auch eine gerechte Politik für die Menschen in unserem Land bedeutet. Der Grundgedanke eines vereinten Europas, das für Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent sorgt, ist heute größtenteils zur Realität geworden. Doch wie bei jeder guten Idee entstehen mit der Zeit Missstände, wenn diese Idee nicht rechtzeitig reformiert und nach ethischen Grundsätzen am Leben gehalten wird.

Rüttelt man an diesen Grundsätzen, dann kommt das ganze Gebilde bei der ersten größeren innereuropäischen Krise ins Wanken. Populistische Strömungen sind drauf und dran an dem Großwerk Europa empfindliche Stücke an Integrität und Stabilität wegzureißen. Hinzu kommt eine unfaire Erweiterungspolitik, die einige Kandidaten den anderen vorzieht, obwohl wirtschaftliche und rechtsstaatliche Verhältnisse für den anderen sprechen. So war es z.B. ein Fehler, dass Zypern binnen weniger Jahre und vor einer Lösung der nordzyprischen Frage aufgenommen worden ist, die Türkei jedoch seit Jahrzehnten auf eine Mitgliedschaft vergeblich warten muss.

All diesen Verfehlungen muss entgegengewirkt werden. Den Menschen muss die Wichtigkeit eines gemeinsamen und gerechten Europas klargemacht und vor den Gefahren der rechtsextremen nationalistischen Strömungen für den Frieden in Europa gewarnt werden.

Aufnahmevoraussetzungen mit Beitrittskandidaten sind nicht nach Land- oder Tagespolitik auszulegen, sondern gelten für alle Kandidaten gleichermaßen. Daher unterstützt die BIG Partei klar den EU-Beitritt der Türkei, der als wichtiger Partner Europas ein fester Bestandteil von diesem sein muss.

Die Zuwanderung aus den europäischen Ländern nach Deutschland ist erfreulich, da mit jedem Menschen auch Arbeitskraft und Konsum ins Land kommen. Doch muss dieser Strom

auch gerecht behandelt werden und es darf nicht zu einem Nachteil gegenüber der schon in unserem Land lebenden Bevölkerung kommen. Daher sind z. B. soziale Rechte oder längere Aufenthalte mit Arbeitstätigkeit und eine Mindestverweildauer zu knüpfen.

Die BIG Partei fordert für ALLE Menschen mit Einwanderungsgeschichte in unserem Land ein umfassendes Wahlrecht auf kommunaler Ebene nach einem Aufenthalt von mindestens 24 Monaten in Deutschland. Das Ziel muss jedoch ganz klar sein, Menschen, die die gleichen Pflichten wie jeder Bürger Deutschlands haben auch die gleichen Bürgerrechte zugestanden bekommen und daher auch ein allgemeines Wahlrecht für Ausländer, die sich mehr als 5 Jahre in Deutschland aufhalten anerkannt wird. Denn immer mehr erleben wir die Tatsache in unserer Politik, wer kein Stimmrecht hat, ist weniger Wert als ein Bürger, der bei Wahlen abstimmen darf. Das muss aufhören und ALLEN Menschen in Deutschland der gleiche politische Wert und die Chance auf eine Repräsentation in den Volksvertretungen unseres Landes zugesprochen werden.

Es ist ein Unding in unserer aufgeklärten und globalisierten Welt, dass wir eines der wenigen Länder sind, die sich in Sachen Staatsbürgerschaftsvergabe so stark einschränken und damit nichts anderes erwirken als weniger Staatsbürger zu haben. Der Pass selbst kann, wenn überhaupt, nur dann eine „Loyalitätsnorm“ darstellen, wenn er freiwillig und nicht unter Zwangsabgabe der Ursprungsabstammung erfolgt.

In Sachen Flüchtlingspolitik verfolgt unsere Partei eine humanitäre und dem Völkerrecht folgende Haltung. Jeder schutzsuchende genießt das Wohlwollen unserer Gesellschaft und ist menschenwürdig aufzunehmen sowie unterzubringen. Wir sprechen uns für die Ausstellung von Arbeitserlaubnissen auch für noch nicht anerkannte Asylbewerber aus, wenn deren Aufenthalt 6 Monate überschritten ist. So können Sie selbst für ihren Unterhalt sorgen und müssen nicht wie derzeit ausschließlich von Staatsgeldern leben. Sie würden Steuern zahlen, die wiederum der Gesamtgesellschaft zur Verfügung stehen würden und wären besser in den Alltag integriert.

Doch ist es Tatsache, dass es auch Menschen gibt, die nicht zur Schutzsuche, sondern auch aus anderen Gründen zu uns kommen. Hier muss klar gesagt werden, nur den wirklich Schutzbedürftigen sollte unsere Hilfe zukommen. Daher ist auch die konsequente Abschiebung bei einem Missbrauch des Schutzrechts oder schweren Gesetzesverstößen unumgebar. Hier ist jedoch jeder Fall besonders sorgfältig zu prüfen.

Auch ist es unsere Pflicht den Menschen, die Schutz bei uns suchen, als aller erstes unsere Sprache beizubringen. Das Sprechen der gleichen Sprache ist der Grundstein einer gelungenen Teilhabe. Nur so können sich diese Menschen uns mitteilen, aber auch unsere Regeln und Gesetze verstehen.

Ganz wichtig: Wir stehen für Teilhabe jedoch nicht für Assimilation. Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land ihre Werte, Religion und Kultur ausleben können. Das gilt für den kulturbewussten Bürger aus Oberbayern genauso, wie für den Bürger aus dem Ruhrgebiet, der Eltern fremdländischer Abstammung hat. Jeder, der friedlich für das Vorankommen unseres Landes arbeitet, hier mit uns lebt, unsere Sprache spricht, die freiheitlich demokratischen Grundwerte achtet, ist für uns ein wertvoller Teil Deutschlands.

Es gilt hier der Grundsatz:

Wir wollen die Idee eines friedlichen und gemeinsamen Europas auf der Grundlage von Fairness und Gleichbehandlung weiterhin erhalten. Daher plädiert unsere Partei klar für einen EU-Beitritt der seit Jahrzehnten im „Wartezimmer“ stehenden Türkei. Die Migrationspolitik muss endlich zu einer wahren Teilhabe-Politik werden. Dazu gehört dringend das kommunale und mittelfristig das allgemeine Wahlrecht für dauerhaft bei uns

lebende Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Wir sprechen uns für eine aktive Teilhabe-Politik aus. Eine den Menschen von oben aufgezwungene Assimilation lehnen wir ab.

12. Außen- & Verteidigungspolitik

Die Sicherheit Deutschlands wird nicht wie einst behauptet am Hindukusch verteidigt, sondern durch eine ausgewogene Außen- und Verteidigungspolitik als Ganzes.

Die Außenpolitik ist eines der wichtigsten Bereiche, in der die BIG Partei viel zerschlagenes Porzellan im Umgang mit unseren Partnern im europäischen Raum und in der Welt wieder gut machen möchte. Zu einer ausgewogenen EU-Politik, von der wir als Exportnation besonders profitieren, gehört auch der Umgang mit den europäischen Partnern auf Augenhöhe. Die in Zeiten der letzten Finanzkrise begangenen Umgangsfehler wie mit Griechenland, Spanien oder Italien sollten nicht noch einmal wiederholt werden. Die Außenpolitik darf sich nicht nach einem Über- oder Unterordnungsverhältnis orientieren, sondern auf dem Grundsatz der gleichen Augenhöhe. Das gilt beim Umgang mit wirtschaftlich schwächeren Staaten genauso wie mit dem Umgang mit globalen Mächten wie den USA, China oder Russland. Es kann nicht sein, dass Spionagetätigkeiten auf höchster Staatsebene eines großen Verbündeten ohne Konsequenzen für die weitere geheimdienstliche Zusammenarbeit ausgehen dürfen. Es gilt daher einen Dialog der Gleichwertigen herzustellen, denn Deutschland muss sich seiner Stärke besonders auf dem wirtschaftlichen Bereich auch in der Außendiplomatie wieder klar werden. Unser Land muss unserer Auffassung nach der Welt natürlich die Hand reichen, doch auf seine Souveränität zielende Angriffe auf gleiche Weise auf der Ebene der Diplomatie unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit gleichwertend sanktionieren.

Im Umgang mit wichtigen Partnerländern muss wieder Fairness einkehren, der sich auf gegenseitige Interessenwahrungen stützt als auf populistische Phrasen. Daher ist z. B. der Umgang mit unseren wichtigen Nato-Verbündeten Türkei wieder auf eine Politik der Vernunft und der Logik zu setzen. Dies gilt im Umgang mit ALLEN Nationen, die unsere sicherheitspolitischen Interessen an den verschiedenen Orten dieser Welt mitschützen und bewahren. Mit diesen Ländern ist eine wirksame außenpolitische Zusammenarbeit anzuvisieren. Schon um dem Einfluss anderer globaler Mächte auf den Großraum Europa gemeinsam entgegenwirken zu können.

Die Verteidigungspolitik kann sich nur nach einem Grundsatz richten. Wer den Frieden will, muss für den Krieg gerüstet sein. Unsere Bundeswehr ist derzeit ein Gespenst seiner einstigen Größe und Schlagkraft. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass wir in den Medien über Engpässe und Mängel in unserem Heer hören. Das muss sich ändern. Die Bundeswehr muss zu einer quantitativ kleinen, aber qualitativ äußerst schlagkräftigen, modernen und mobilen Heer ausgebaut werden. Auch hier gilt es, Menschen mit kultureller Vielfalt in die Berufsarmee verstärkt miteinzubinden, denn der kameradschaftliche Dienst miteinander würde als gutes Beispiel dienen, wie es in unserem Land auch gesellschaftlich laufen sollte und das Zusammengehörigkeitsgefühl weiter stärken.

Es gilt hier der Grundsatz:

Die Außenpolitik hat sich nach deutschen Interessen zu richten. Sie erfolgt fair, auf Augenhöhe und unter Beachtung des Völkerrechts. Sie basiert nicht auf purem Populismus, sondern auf vorausschauender Vernunft und dem aktuellen Tagesgeschehen. Unsere Bundeswehr ist der Garant unserer Freiheit und Unabhängigkeit nach außen hin. Sie muss

jederzeit voll einsatzbereit und gut ausgestattet sein, um sich jedweder Gefahr für unsere Souveränität oder nationalen Sicherheit wirksam entgegenstellen zu können.

Frieden und Gerechtigkeit sind kein Luxus, sondern ein Muss!

Frieden und Gerechtigkeit sind nicht teilbar!

Auf diese haben alle Menschen immer und überall gleichermaßen Anspruch.

- **Die schönste Frucht der Gerechtigkeit ist Frieden:** Durch eine Neuentwicklung von sozialer Marktwirtschaft kann Phänomenen wie Armut, Hunger, Krankheiten sowie schlechten Bildungschancen und sozialen Ungerechtigkeiten wirksam vorgebeugt werden. Diese später zu bekämpfen ist schwieriger, teurer und belastet den sozialen Frieden wesentlich mehr als wirkungsvolle präventive Maßnahmen. Ein würdiges Leben in Gesundheit und Frieden muss Vorrang haben vor den Wirtschaftsinteressen multinationaler Konzerne. Wirtschaft und Politik sind für die Menschen da, nicht umgekehrt. Eine verantwortungsbewusste Gesellschaft sollte dafür Sorge tragen, dass einer totalen Vermarktung von Mensch und Natur und der damit verbundenen immer größeren Schere zwischen Arm und Reich Einhalt geboten wird. Wir fordern, dass öffentlich finanzierte Konjunkturprogramme soziale Schwerpunkte setzen müssen, zum Beispiel im Bildungsbereich.
- **Frieden praktizieren:** Damit der Friede gelingt, fordern wir eine Kultur der Fairness, der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung sowie einen verantwortungsvollen und würdevollen Umgang miteinander: aufrichtig und differenziert, nicht polemisch, sondern konstruktiv. Die Devise kann nur lauten: nicht spalten, sondern vereinen, nicht verurteilen, sondern VERSTEHEN! Daher **Think BIG - Veränderungen beginnen mit Dir!**